

Über den Tellerrand bzw. die Dorfgrenze geschaut...



Viele haben schon von Trittscheid gehört. **Trittscheid** liegt in der wunderschönen Vulkaneifel, eingebettet zwischen Hügeln und Wäldern. Eine Gemeinde mit **122 Einwohnern**, welche für Sanierungskosten über **1,1 Millionen Euro** aufkommen müssen.

Zum Vergleich: In Mainz mussten **227.000 Einwohner für 1,6 Millionen** aufkommen.

Es trifft in Trittscheid die 4-köpfige Familie, die ihr Haus noch nicht abbezahlt hat und nun 80.000 Euro zusätzlich stemmen muss. Oder das Rentnerehepaar, das auf einen Schlag ihre mühsam zusammengesparte Altersvorsorge verliert.

Wiederkehrende Ausbaubeiträge in solcher Höhe sind kein Einzelfall.

Rund 1600 Gemeinden in Rheinland-Pfalz haben weniger als 1000 Einwohner, 1000 davon mit weniger als 500 Einwohnern und ca. 650 Gemeinden haben sogar weniger als 300 Einwohner. Auf all diese Menschen kommen mit dem kommunalen Abgabegesetz enorme Zahlungen zu. Zahlungen, welche Lebensplanungen vernichten und Eigentümer zum Verkauf ihres Hauses zwingen werden.

Die größten Befürworter dieses Gesetzes finden wir in der SPD und bei den Grünen.

Die Argumente für die wiederkehrenden Beiträge lauten:

- Das System ist gerecht und hat sich bewährt.
- Die Grundstücke und Häuser der Eigentümer erfahren eine Wertsteigerung.
- Die sanierten Straßen haben Aufenthaltscharakter
- Wenn die wKB abgeschafft werden, werden alle Bürger belastet, auch Mieter, welche von der Wertsteigerung nicht profitieren
- Wenn die wKB abgeschafft werden, muss die Grundsteuer erhöht werden.

Warum eigentlich? Wäre die Versteuerung von Superreichen und die konsequente Verfolgung von Steuerhinterziehung denn keine Option? Warum muss man immer zuerst den Bürger belasten?

Zu den anderen Argumenten muss man nicht viel sagen. Ich glaube, die Kuriosität ist selbsterklärend und man kommt aus dem Kopfschütteln nicht mehr heraus.

In **Daun**, einer kleinen Stadt in der Nähe von Trittscheid, fand am **14.10.2025** der Besuch von **Alexander Schweitzer (SPD)**, Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz statt.

Unsere Mitglieder aus Trittscheid haben vorab um einen Gesprächstermin gebeten und bekamen diesen auch zugesagt. Was sie in Daun erlebt haben und wie sie empfangen wurden, lest ihr hier in ihrem Bericht:

Vorbeikommen. Wein genießen. Austauschen.

Zu verschiedenen Terminen überall im Land kommt Ministerpräsident Alexander Schweitzer vorbei, um mit den Menschen vor Ort ins Gespräch zu kommen.

Mit diesem Slogan wirbt die SPD für die Kampagne „Alexander Schweitzer unterwegs“. Offenheit und Bürgernähe will man zeigen. Wie offen die SPD und Herr Schweitzer für die Sorgen kleiner Gemeinden sind, zeigte sich am 14.10.2025 in Daun.

Einer Abordnung von wkB betroffener Bürger aus **Trittscheid**, **Goddert** und **Ormont** wurde zuvor von der Staatskanzlei ein Gesprächstermin mit Herrn Schweitzer zugesagt.

Mit Plakaten und Bannern erschienen die Betroffenen in Daun und wurden dort von Landtagsabgeordneten Jens Jenssen abgefangen.



„Mit diesem Herrn Jenssen war mir gar nicht wohl, kein "Guten Tag", direkt verbale Attacke, unhöflich, laut, jähzornig, ich dachte er lässt uns vom Platz fegen und wir werden angezeigt“, schildert eine Teilnehmerin die Begegnung.

Gleich bei der Ankunft wurden die betroffenen Mitglieder von Herrn Jens Jenssen auf aggressive Weise empfangen. „So könne er kein Gespräch mit Herrn Schweitzer

unterstützen“, lautete die Aussage des Landtagsabgeordneten. Gemeint waren wohl die Plakate und Banner, welche auf die Situation der kleinen Gemeinden aufmerksam machen sollten. Protest Ja, aber bitte still und leise. Soll ja niemand mitbekommen.

Das erschreckende an diesem Beinahe Eklat ist die Tatsache, dass Herr Jenssen Landtagsabgeordneter für die Vulkaneifel ist und eben jene Menschen, welche mit ihren Sorgen vor ihm stehen ernst nehmen und wenigstens den Respekt aufbringen sollte, diese anzuhören. **Hätte er auch so reagiert, wenn auf den Plakaten Werbeslogans für die Eifel oder gar für die SPD gestanden hätten?**

Weitaus angenehmer war dann die Begegnung mit Herrn Schweitzer, welcher direkt auf die Gruppe zuging und ein längeres Gespräch ermöglichte. So hatten die Vertreter der betroffenen Ortschaften Gelegenheit auf die Ungerechtigkeiten von wkB hinzuweisen. In Städten seien die Abrechnungsgebiete für die wiederkehrenden Beiträge so groß, dass die Einwohner meist zweistellige oder niedrige dreistellige Beiträge zahlen, während man in den kleinen Gemeinden schnell an Beiträge herankäme, welche mit den Einmalzahlungen konkurrieren können. Mit dem Unterschied, dass es bei den wkB keine Verschonung mehr gäbe, anders, als bei den Einmalzahlungen. Das bedeutet, sobald die nächste Straße saniert wird, schlägt die nächste hohe Summe erneut zu Buche. So hat die Gemeinde Goddert zum Beispiel einen Anwohner, Besitzer einer Industriebrache, der nur noch ein Kleinunternehmen führt und dem durch die geplanten Sanierungen mehrere Zahlungen von in Summe geschätzt fast 500.000 Euro drohen, während mancher Städter nur einen wiederkehrenden Beitrag von 100 Euro leisten muss.

Tatsächlich ist dieses Beispiel real: In Daun z.B. gäbe es aufgrund der Größe des Abrechnungsgebietes Anwohner, welche gerade mal 100 Euro zahlen, während im Dorf Trittscheid, nicht mal 7 Kilometer weiter, eine Familie 38000 Euro und eine weitere 80.000 zahlen müssen.



Herr Schweitzer verteidigte das System der wiederkehrenden Beiträge und verwies auf den Städte- und Gemeindebund, welcher der Auffassung sei, wkB solle nicht abgeschafft werden. Zudem sei die Größe der Abrechnungsgebiete eine Sache der Kommunen und könne vom Land nicht beeinflusst werden.

Es ist jedoch das Gesetz der Landesregierung, welches die Kommunen zwingt solche Abgaben einzufordern und wo nicht mehr Einwohner/Eigentümer sind, können auch keine „gebacken“ werden.

Somit wird das Problem von einem auf den anderen geschoben und niemand fühlt sich wirklich verantwortlich dafür.

Die SPD ist und bleibt leider taub für die Nöte der kleinen Gemeinden. Trotz Tatsachen, welche das Gegenteil belegen, wird weiterhin auf Gerechtigkeit und Sozialität gepocht. Dies sollte bei der nächsten Wahl im Hinterkopf bleiben und damit meinen wir nicht explizit die wiederkehrenden Beiträge, sondern, dass wir es hier mit Volksvertretern zu tun haben, welche das Offensichtliche nicht sehen und mit Scheinargumenten an einem unfairen Beitragssystem festhalten möchten. Überträgt man das auf weitere Situationen im Leben, sollte man sich genau überlegen, ob diese Partei wirklich die Interessen ihrer Bürger wahrnimmt oder ob es nicht eher die eigenen Vorstellungen sind, welche mit der Brechstange durchgesetzt werden sollen.

Es wird künftig noch etliche Trittscheids oder Godderts in RLP geben, die in kürze, spätestens wenn das Sondervermögen ausgezahlt und gebaut wird, genau in die gleiche Misere schliddern werden. Die Abrechnungsgebiete sind zu klein, der Kostenanteil für die Bürger zu hoch!

Ein ganz besonderes Schmankerl lieferte am Tag nach der Veranstaltung die SPD Traben-Trarbach, welche die Veranstaltung in den sozialen Medien als „gelungen“ anpries und die protestierenden Bürger im Nebensatz als „einige Bewohner (...) gegen die ihrer Meinung nach zu hohen Straßenausbeiträge demonstrierten“ erwähnte. In den Kommentaren fragte ein Leser nach, ob denn Beiträge „in der Höhe von 50.000 Euro und mehr“, nicht hoch genug seien, warum dies nicht erwähnt werde. Die Antwort der SPD mutete beleidigt an. Man kenne die Hintergründe nicht und man könne den „Protest“ ja auch herauslöschen. Gesagt, getan, die Kommentare wurden gelöscht, der Fragende wurde blockiert. Protest Ja, aber bitte still und leise, so dass es niemand mitbekommt. So geht Demokratie heute (Ironie OFF)

Ein weiteres Beispiel für die Beitragsungerechtigkeit des WKB, ebenfalls aus der 450 Seelen Gemeinde **Goddert, im Westerwald**.

Die Straßen dort sind teilweise alt und verkommen, die Instandhaltung fand jahrzehntelang nicht statt, der Sanierungsstau ist enorm. Trotz einer gut gefüllten Gemeindekasse (1,6 Millionen), müssen seit 2024, auf Grundlage des §10a, KAG Rlp, nun grundsätzlich alle Grundstückseigentümer für die Sanierung der maroden Straßen aufkommen und im Fall von Goddert, 70% der Ausbaukosten zahlen.

Einzig in RLP werden Bürger trotz guter Kassenlage der Kommune, weiterhin zu dieser Abgabe gezwungen, ein Wahlrecht wie in anderen Bundesländern gibt es nicht. So führt dieses Gesetz in Goddert zu einer enormen Beitragsungerechtigkeit und großen Verwerfungen innerhalb der Dorfgemeinschaft.

So müssen Eigentümer, die bereits in den 90er Jahren Einmalbeiträge gezahlt haben und deren Straße, vor der eigenen Tür, nach wie vor in einem guten Zustand ist, für 8 sanierungsbedürftige Straßen aufkommen.

Betrachtet man den Kostenbeitrag dieser Anlieger auf Lebenszeit, so werden sie am Ende ihres Lebens wohl 2x zu Straßenausbaubeiträgen in Umfang einer Ersterschließung veranlagt worden sein. Einmal für die Straße vor der eigenen Haustür und wiederkehrend für den Sanierungsstau im Dorf.

Die direkten Anlieger der sanierungsbedürftigen Straßen, zahlen „nur“ den wiederkehrenden Beitrag, der mittlerweile auch im vierstelligen Bereich rangiert.

Einen merkwürdigen Geschmack bekommt das Ganze dann noch, wenn man sieht, mit welcher Eile die Beschlüsse zur Sanierung vom Gemeinderat Goddert vorangetrieben werden. 7 Straßen sollen in 6 Jahren (Aussage aus 2019) saniert werden, die großen Straßen wurden, entgegen der ursprünglichen Planung, vorgezogen. Möglichst viel Straße soll bis 2026 fertiggestellt werden. Zufällig endet in 2026 auch die Verschonungsfrist für Anlieger von zwei Straßen, denen eine pauschale Verschonung von 20 Jahren, trotz deutlich niedriger Beiträge gewährt worden ist. Mindestens 10 Grundstücke in diesem Bereich gehören Ratsmitgliedern oder deren Angehörigen.

Diese Beispiele sollen die fragwürdigen Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunalen Selbstverwaltung, im Rahmen des KAG §10a, widerspiegeln.

Grundsätzlich geht es nicht darum, die einen wegen ihres Vorteils anzuschwärzen, sondern das WKB System, an sich, in Frage zu stellen. Es geht um den Gleichheitsgrundsatz und die Beitragsgerechtigkeit. Nicht nur innerhalb eines Dorfes, sondern auch im Vergleich von Dorf zu Dorf, von Dorf zu Stadt und um den Vergleich der Bundesländer.

Die einen müssen für das Allgemeingut Straße keine Beiträge zahlen und andere so extrem hohe Beiträge, dass sie in ihrer Lebensplanung völlig aus der Bahn geworfen werden. Beiträge von 0 – 500.000 Euro kein Wunder, wenn das Ärger gibt.

Warum sieht die SPD das nicht?

Einen ehrlichen Politiker und eine Partei, die sich an ihren eigenen Slogan hält und im Sinne des Volkes und für das Volk agiert, werden wir wohl nicht finden. Dennoch enttäuscht die SPD hier. Ausgerechnet eine Partei, welche das Wort Sozial in ihrem Namen führt, sperrt sich gegen die Abschaffung eines unsozialen Gesetzes.

Der Entwurf der CDU wurde abgelehnt. Was erwartet man auch, wenn vor dem Innenausschuss die Bürgermeister zweier Städte mit großem Abrechnungsgebiet sprechen dürfen. Warum spricht nicht mal die Bürgermeister einer kleinen Gemeinde unter 1000 Einwohnern?

Auf uns wirkt das alles sehr gesteuert, fast, als wolle man dem aufmuckenden Bürger zeigen, dass man wohl bemüht ist, aber die Umstände... ach ja, die Umstände.

Da haben wir eine FDP, welche die Abschaffung grundsätzlich unterstützt, dann aber gegen das Gesetz stimmt, weil die Finanzierung unseriös sei.

Überhaupt lägen ja gar keine Zahlen vor, wie hoch der Betrag denn tatsächlich sein solle, den die Regierung als Ausgleich vorsehen müsse. Ein Herr Dr. Thielmann ergibt sich ebenso in Spekulationen, wie die großen Parteien. Als gäbe es aus den Nachbarbundesländern keine Erfahrungswerte.

Wir erwarten von unserer Regierung, dass sie die Sorgen ihrer Bürger ernst nimmt und endlich mal handfeste Zahlen ermittelt, welche als Berechnungsgrundlage dienen und sich dann auf dieser Basis auf eine Finanzierung einigt.

Tatsache ist, dass unser Land kein Einnahmeproblem, sondern ein Ausgabeproblem hat. Es wäre durchaus möglich den Bürger zu entlasten, wenn man sich z.B. an Themen heranwagen würde, wie Superreiche besteuern und Steuerhinterziehung (Maskenaffäre, CumEx usw.) konsequent verfolgen. Möglichkeiten gäbe es zur Genüge.

Stattdessen verweigert man Gelder, um Straßen instand zu halten und Fachpersonal anzustellen und belastet lieber die Bürger mit existenzbedrohenden Abgaben, um den selbstgemachten Mist zu beseitigen.

Besitzen Betroffene dann auch noch den Mut auf die Missstände hinzuweisen und Plakate und Banner mitzubringen, werden diese aggressiv und ablehnend empfangen.

Es liegt an uns das zu ändern!!

Bürgerinitiativen vereinen!!

Gemeinsam demonstrieren!!

Mit Politikern in den Dialog treten!!

Von den Medien wahrgenommen werden!!

Das sind unsere Ziele. Nur gemeinsam schaffen wir es, um nicht von den „Herrn Jenssens“ in diesem Bundesland mundtot gemacht zu werden.